



Die Augenzeugin

## Verletzt im Hasenkäfig



Mehrmals im Monat musste **Tessy Lödermann**, 59, Vizepräsidentin des Tierschutzbundes Bayern, geschmuggelte Welpen an der Grenze abholen. Jetzt rät die Bundesregierung, die Tiere in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Für Lödermann ein Skandal.

„In der Nacht zum 11. Dezember wurde ich nachts informiert, dass man an der Grenze in Piding in einem Transporter auf dem Weg von Ungarn nach Spanien 47 Welpen gefunden hat. Die Tiere waren zwischen fünf und sieben Wochen alt und ohne Wasser oder Futter in Hasenkäfige gepfercht. Sie mussten auf Tierheime verteilt werden. Am nächsten Tag holte ich vier Malteserwelpen ab, einer war schwer verletzt, mit offener Schädeldecke, der musste eingeschläfert werden. In der nächsten Nacht kam ein neuer Anruf, diesmal wurden in einem Transporter, der von der Slowakei nach Spanien fahren wollte, 170 Welpen verschiedener Rassen, 50 Zebrafinken und 20 Schildkröten gefunden. Die nahmen dann Tierheime in Nordbayern auf. Kurz darauf bekamen wir die Schreckensbotschaft: Das Bundeslandwirtschaftsministerium habe angeordnet, dass die Tiere, wenn sie versorgt sind, wieder an die Händler zurückgegeben werden müssten. Die bayerische Umweltministerin sollte das umsetzen mit der Begründung, man wolle die Tierheime entlasten. Für uns ist eine Welt zusammengebrochen. Man päppelt die armen Tiere auf, investiert Zeit und Geld, und dann müssen sie zu kriminellen Händlern zurück. Es ärgert mich schon, dass sich die Staatsregierung seit Jahrzehnten nicht um uns schert, wir bekommen kein Geld von dort, und jetzt will man uns plötzlich entlasten. Gott sei Dank hat das Umweltministerium am Mittwoch dann doch entschieden, dass die Tiere erst einmal bleiben dürfen. Sie sind jetzt in Quarantäne und werden teilweise mit der Hand gefüttert, sie kamen viel zu früh von ihrer Mutter weg. Mit zwölf Wochen können wir sie impfen. Herausgegeben werden wir die Welpen auf keinen Fall.“ Aufgezeichnet von Conny Neumann

### Altersvorsorge

## „Schwarz-Grün will Deutschland-Rente“

Die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen will eine Initiative für einen staatlich organisierten Rentenfonds starten. So will man einer drohenden Altersarmut in Deutschland vorbeugen. Unter dem Namen „Deutschland-Rente“ soll ein einfaches und kostengünstiges Vorsorgeprodukt eingeführt werden. Die Deutsche Rentenversicherung könne das ohne eigenes Gewinninteresse verwalten. Die hessischen Minister Thomas Schäfer (Finanzen), Tarek Al-Wazir (Wirtschaft) und Stefan Grüttner (Soziales) reagieren mit ihrem Vorschlag auf die, wie sie sagen, „berechtigten öffentliche Kritik an den zum Teil völlig überbewerteten Riester-Produkten“. Die derzeitigen Modelle der privaten und betrieblichen Altersvorsorge seien offenbar zu wenig attraktiv und wür-

den zu wenig genutzt, um die beschlossenen Kürzungen der gesetzlichen Rente ausgleichen zu können, heißt es in dem gemeinsamen Konzept der CDU- und Grünen-Minister. Bei einem zentralen Rentenfonds könnten Arbeitnehmer und Betriebe darauf vertrauen, dass ihre Beiträge transparent und ohne hohe Verwaltungskosten investiert würden. Für alle Arbeitnehmer, die einer Teilnahme an dem Fonds nicht aktiv widersprechen, sollten Arbeitgeber die Einzahlungen künftig ähnlich wie die regulären Rentenbeiträge an die Deutsche Rentenversicherung überweisen. Diese wäre dann für die Anlage des Kapitals verantwortlich. Erfahrungen mit großen Staatsfonds etwa in Norwegen zeigten, dass mit einem breiten Anlageportfolio und einem nennenswerten Aktienanteil langfristig Durchschnittsrenditen von über fünf Prozent erwirtschaftet werden könnten. *ma*

### Frontex

## Griechische Bitte

Mit rund hundert Bundespolizisten sowie Hubschraubern und Booten soll Deutschland die EU-Grenzschutzagentur Frontex in Griechenland unterstützen. Eine entsprechende Anforderung traf vergangene Woche beim Bundesinnenministerium in Berlin ein. Auf Bitten und unter Führung der Griechen soll Frontex mit insgesamt 850 Mann helfen, die Lage in der Ägäis zwischen dem türkischen Festland und den griechischen Inseln unter Kontrolle zu bekommen. Dort sind nach Frontex-An-

gaben in diesem Jahr mehr als 700 000 Migranten in die EU eingereist, nur jeder fünfte sei registriert worden. Der sogenannte Rabit-Einsatz, das Wort steht für „Schnelles Grenz-Eingreif-Team“, soll bereits im Januar beginnen und die Frontex-Operation Poseidon unterstützen, die im östlichen Mittelmeer gegen illegale Einwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität vorgeht. Eine niedrigere Flüchtlingszahl dürfte die Aktion indes kaum bewirken: Griechenland betrachtet die Türkei nicht als sicheren Herkunftsstaat, weshalb niemand zurückgewiesen wird. *au*



Frontex-Grenzschützer in Griechenland